



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied; Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag; Kerstin Schreyer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr; und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags.
Bild: Bayerischer Landkreistag

Staatsministerin Schreyer beim Bayerischen Landkreistag:

Drei Säulen eines zukunftsfähigen ÖPNV

Bedarfsgerechtigkeit, Finanzier- und Umsetzbarkeit

„Zweifelsohne hat der ÖPNV im Freistaat Bayern durch die Bedeutung, die ihm die Bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Markus Söder seit 2018 zugemessen hat, einen enormen Schub erhalten. Corona bedeutet aber gleichzeitig einen derartigen Dämpfer, dass man sich heute leider die Frage stellen muss, was man sich überhaupt noch leisten kann? Um den ÖPNV zukunftsfähig weiterzuentwickeln und zu planen, brauchen wir eine langfristige Antwort auf die Finanzierungsfrage“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag.

Angesichts eines dramatischen Rückgangs der Fahrgastzahlen insbesondere im Regional- und Nahverkehr stehen die bayerischen Landkreise vor großen Herausforderungen.

Konjunkturpaket des Bundes

Hätte der Bund, der für den Öffentlichen Nahverkehr eigentlich nicht zuständig ist, im Rahmen seines Konjunkturpaketes vom Juni nicht 2,5 Milliarden Euro bundesweit für die Ausfälle im Öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt, wäre die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

8. Bayerisches BreitbandForum 2020:

Die digitale Kommune



Endlich gute Nachrichten! Wir haben ein offizielles „GO!“ und dürfen tagen, live und in echt. Wichtig: Um die Mindestabstände einzuhalten, dürfen wir nur eine begrenzte Besucherzahl zulassen. Vertreter*innen von Kommunen haben Vorrang. Für Infos, Essen und Hygienemaßnahmen sorgen wir, Sie denken bitte an Ihre Maske. Das 8. Bayerische BreitbandForum findet am 12. November 2020 im Amberger Congress Centrum ACC statt.

Die Bayerische GemeindeZeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den bayerischen Regionen ein. Unsere Gäste aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken finden die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote.

Bei der Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit ausreichenden Kapazitäten für ein schnelles Internet stehen die hiesigen Kommunen vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Dabei müssen sie mit dem Geld ihrer Bürger sorgsam wirtschaften. Die Bereitstellung von schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Informationen und Anmeldung:
<https://www.bayerisches-breitbandforum.de/>

Präsidium des Deutschen Städtetages:

Alarm in den Innenstädten

Mit der massiven Veränderung der Innenstädte und Stadtteilzentren durch Corona sowie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder befasste sich der Deutsche Städtetag bei seiner jüngsten Präsidiumssitzung in Mannheim.

Fakt ist: Die Corona-Pandemie beschleunigt massiv den Trend zum Onlinekauf, gleichzeitig sinken die Umsätze in bestimmten Segmenten des stationären Einzelhandels rasant.

Corona-Pandemie als Katalysator

Dieser aktuelle Wandel trifft besonders Innenstädte und Stadtteilzentren. Für den Deutschen Städtetag ist dies eine be-

sorgniserregende und alarmierende Entwicklung, wie Verbandspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, konstatierte.

Aus seiner Sicht wirkt die Corona-Pandemie wie ein Katalysator: „Sie forciert den Onlinehandel und könnte viele Einzelhändler zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine große Zahl der Kaufhäuser ist in den vergangenen Jahren geschlossen worden. Handelsketten, gerade mit Tex-

Virtueller CSU-Parteitag:

Krise als Chance

„Vorsicht ist besser als Risiko“ lautete die Botschaft des Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder beim virtuellen Parteitag der CSU. Söder mahnte zur Vorsicht und erinnerte an die Prioritäten im Umgang mit der Corona-Pandemie: **Bevölkerungsschutz, Erhalt von Arbeitsplätzen und Gewährleistung von Schule und Kita.**

In seiner Grundsatzrede vor rund 800 Delegierten betonte der CSU-Chef: „Klar ist, die Krise bietet auch Chancen. Deshalb gilt es jetzt, die besten Köpfe nach Bayern zu locken. Dafür werden im kommenden Jahr 700 neue Professuren geschaffen.“ Darüber hinaus bekannte sich Söder unmissverständlich zu Steuersenkungen: „Wir brauchen eine Steuerreform. Nicht Steuern rauf, sondern Steuern runter! Wir müssen Anreize setzen zum Investieren. Der Soli muss weg für alle!“

Konkret plädierte der Parteivorsitzende „für eine familienfreundliche Steuerpolitik, beispielsweise die Absetzbarkeit von Homeoffice“. Für die Unternehmen müsse es niedrigere Unternehmens- und Energiesteuern geben. „Und wir sollten die Kommunen an der Umsatzsteuer beteiligen.“ Schließlich würden sie noch lange unter dem Ausfall der Gewerbesteuer zu leiden haben.

Bekennnis zum Klimaschutz

Genauso klar bekannte sich Söder zum Klimaschutz, „der uns auch nach Corona noch lange beschäftigen wird. Der Klimawandel und seine Bekämpfung ist ein wichtiges Thema.“

Niemand dürfe Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremisten nachgeben, die versuchen, die Verunsicherung und die Demokratie zu kapern, fuhr Söder fort. Für den (Fortsetzung auf Seite 4)

tilien, geben zunehmend Läden auf. Die Gastronomie verliert Kunden. Und Homeoffice macht einen Teil der Büroflächen womöglich überflüssig. Viele Einzelhändler und große Handelsketten warnen, dass sie ihre Mieten nicht mehr lange zahlen können.“

Dominoeffekte verhindern

Jung zufolge dürfen sich Leerstände in Fußgängerzonen und auf Einkaufsmeilen bundesweit nicht vermehrt ins Bild drängen. „Wir müssen jetzt handeln, um negative Dominoeffekte für das Umfeld zu verhindern. Geschäfte und Kaufhausfilialen brauchen schnell neue Nutzer. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, uns bei neuen, zukunftsfähigen Konzepten wirksam zu unterstützen.“

Die Städte erachten es als wichtig, dass alle relevanten Akteure miteinander beraten, wie die Innenstädte gestärkt werden können: Vertreter von Immobilien- und Wohnungswirtschaft (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Übel der Welt zieht sich heutzutage immer mehr in die Provinz zurück. Darum hat jetzt auch Passau zur besten Sendezeit in der ARD seinen Regionalkrimi. „Eine richtig tolle Werbung für eine schöne Stadt“, meint der Bürgermeister nicht ohne einen kleinen Anflug von Neid.S. 15

25 Jahre Bürgerbegehren in Bayern

Am 1. Oktober 1995 beschlossen Bayerns Bürger per Volksentscheid die Einführung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Was damals hohe Wellen schlug, ist heute aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Seither wurden im Freistaat 3.241 Verfahren für Plebiszite auf kommunaler Ebene eingeleitet, die in 1.989 Bürgerentscheiden mündeten, teilte die Geschäftsführerin des Landesverbands Bayern von „Mehr Demokratie“, Susanne Socher, mit. Das entspricht 42 Prozent aller kommunalen Bürgerbegehren in Deutschland.

Gerade in den ersten Jahren kam es zu sehr vielen Bürgerbegehren (1996: 279, 1997: 271). Seitdem haben sich die Zahlen auf ein Mittel von 100 bis 130 Verfahren jährlich eingependelt. 130 Verfahren wurden in den vergangenen 25 Jahren durchschnittlich neu eingeleitet. Die 3.241 Verfahren unterteilten sich in zwei Verfahrenstypen: 2.637 Bürgerbegehren wurden per Unterschriftensammlung durch die Bürger eingeleitet, 604 Ratsreferenden wurden vom Gemeinderat initiiert. Spitzenreiter sind Augsburg (35 Verfahren), München (33), und Erlangen (23).

Von den eingeleiteten Verfahren kamen 1.989 zum Bürgerentscheid, also zur Abstimmung. Knapp die Hälfte (49,2 Prozent) wurden davon im Sinne des Begehrens abgestimmt. Zudem wurden 17,5 Prozent aller Bürgerbegehren für unzulässig erklärt und 14,3 Prozent endeten in einem Kompromiss zwischen Initiatoren und Gemeinderat.

Je kleiner die Gemeinde, um so höher die Wahlbeteiligung

Bei den Abstimmungen lag die Beteiligung bei durchschnittlich 54,4 Prozent der Abstimmungs-

berechtigten. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern liegt sie deutlich höher (58,5 Prozent). In Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern stimmten durchschnittlich noch 32,8 Prozent und ab 500.000 Einwohnern nur noch 26,0 Prozent ab.

Ein Viertel der Verfahren (26,3 Prozent) bildeten Wirtschaftsprojekte (z.B. Einkaufszentren, Gewerbegebiete), ein weiteres Fünftel Verkehrsprojekte (20,3 Prozent). Aktuell ist zudem eine verstärkte Verknüpfung mit umweltpolitischen Themen erkennbar: Gerade in den Jahren 2019 und 2020 fanden besonders viele Radentscheide statt. An dritter und vierter Stelle standen öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (z.B. Schulen, Bäder) mit 15,6 Prozent sowie öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen wie Rathäuser und Stadtwerke mit 11,6 Prozent. DK

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klimaschutz braucht konkrete Vorgaben.	2
Bürgerschaftliches Engagement stärken	2
Kindergesundheit Schwerpunktthema 2021	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Keine Toleranz für Hassreden und Beleidigungen.	3
Förderbescheide für Heimatkampagne	3
Freiheit wird in den Kommunen verteidigt	5
Kommunale Bauthemen.	5 - 8
Abfall · Umwelt	9 - 10
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Friedhofsgestaltung	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Dorferneuerung Münsterhausen:

Lohnende Maßnahmen

Die Dorferneuerung verbessert die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Lande. Damit wird die Standort- und Lebensqualität der Dörfer im ländlichen Raum nachhaltig gestärkt. Nutznießer dieser Möglichkeiten ist auch der Markt Münsterhausen im Landkreis Günzburg. Das Straßendorf wurde attraktiver und verbesserte die innerörtliche Entwicklung.

Das Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALE) leitete 2006 für den Markt die Dorferneuerung ein. Seither wurden knapp 1,4 Mio. Euro in Maßnahmen der Dorferneuerung investiert. Rund 840.000 Euro bekam der Ort für diese Projekte an Zuschüssen von Europäischer Union, Bund und Freistaat Bayern. „Münsterhausen wurde dadurch schöner, lebens- und lebenswerter“, betonte Bürgermeister Robert Har-

tinger zum Abschluss der Dorferneuerung. Die Dorfgemeinschaft sei enger zusammengerückt und die Vereine arbeiteten deutlich enger zusammen, als das früher der Fall gewesen sei.

Laut Behördenleiter Christian Kreye (ALE) schafften die Münsterhäuser mit ihren Investitionen einen Mehrwert, der nicht nur in Euro und Cent zu beziffern sei, aber umso deutlicher spürbarer werde. Der Ort habe die Vor-

teile einer Dorferneuerung erkannt und diese vollumfänglich genutzt. Kreye gab der Hoffnung Ausdruck, dass der „Geist“ der Dorferneuerung, wie Inspiration, Impulse und Anreize, über den Tag des förmlichen Abschlusses hinaus weitergehe.

Mindel als prägendes Element

Prägend für die Dorferneuerung war die Bauphase von 2009 bis 2018. Zahlreiche Ideen aus der Vorbereitungsphase konnten umgesetzt werden. So wurde unter anderem ein Gewässerinformationssystem und Erlebnispfad (GIEP) verwirklicht. Dabei gelang es, die Mindel als prägendes Element ihrer Heimat erfahrbar zu machen. Das Projekt ist ein duales Informationssystem, das Theorie und Praxis verbindet. Der Pfad erklärt an elf Stationen die biologischen Zusammenhänge am Wasser. Er informiert mittels Schautafeln und macht den Lebensraum Wasser zugänglich. Spannendes wird entdeckt, Interessantes erforscht, und Wissenswertes kann nachgelesen werden.

Die Attraktion des GIEP ist der Wasserspielplatz westlich der Sportanlage. Mit einem feststehenden Floß, Kneippmöglichkeit, einer Archimedischen Spindel zur Wasserentnahme aus dem Kühgraben, Matschtischen, einem Wasserlabor, einem Wasserspielplatz und Barfußpfad werden die menschlichen Sinne durch Plan-

schen, Matschen, Kneipen, Erfühlen und Erspüren angeregt.

Ebenso realisiert wurde neben der Errichtung eines Bewegungsparks mit attraktiven Sportgeräten der Anbau an die Mehrzweckhalle und der Bau eines Dorfplatzes mit Beachvolleyballfeld. Nicht nur der Kirchplatz wurde neugestaltet, auch an zahlreichen innerörtlichen Straßen und Wegen wurden entsprechende Arbeiten durchgeführt. Über die Mindel und den Mühlkanal wurden Fußgängerstege gebaut.

Um den Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu verbessern, pflanzte das Dorf u.a. Linden, Säulenhainbuchen, Wildkirschen, Spitzahorn, Wild- und Ziersträucher, Bodendeckerosen und bodendeckende Stauden. Innerhalb des Ortes wurden neue Nisthilfen für Gebäudebrüter und Fledermäuse aufgestellt, um so die Vielfalt der heimischen Vogel- und Tierwelt zu fördern.

Spitzenstellung

Die Bürger von Münsterhausen ergriffen die Gelegenheit und nahmen das Angebot der Unterstützung von privaten Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung an. Das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm ermöglicht privaten Bauherren, Maßnahmen an ihren Gebäuden, Hofräumen und Vorgärten fördern zu lassen. Dazu gehören die dorfgerechte Erhaltung, Umnutzung und Gestaltung von bestehenden Gebäuden. Für Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. Euro zahlte das ALE am Ende Fördergelder von rund 330.000 aus. Damit hat Münsterhausen in der „privaten“ Dorferneuerung Akzente gesetzt und nimmt mit dieser Größenordnung in Schwaben eine Spitzenstellung ein. **DK**



Eine besondere Attraktion in Münsterhausen ist der Wasserspielplatz. Bild: ALE Schwaben

Mehr Lebensqualität in der Stadt durch klimaangepasstes Bauen

Aktueller Leitfaden für grüne und blaue Infrastruktur

Zunehmende Trockenheit und Hitze im Sommer zeigen: Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Vor allem in den bayerischen Städten werden die Folgen des Klimawandels deutlich. Ideen für die nachhaltige Stadt der Zukunft liefert der aktuelle „Leitfaden für klimaorientierte Kommunen in Bayern“.

Im Mittelpunkt der Handlungsempfehlungen stehen urbane Klimaanpassung und Klimaschutz in Bayerns Städten. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu heute in München: „Den Klimawandel mit mehr Hitze und Trockenheit spüren besonders die Menschen in den Städten. Wir brauchen in den Städten mehr grüne und blaue Infrastruktur: Vielfältiges öffentliches Grün, eine gesunde Stadtnatur und gute Luft sind entscheidend für die Lebensqualität im urbanen Raum. Die Stadt der Zukunft muss Themen wie Verdunstung, Verschattung, Freiflächen, begrünte Dächer und Fassaden verstärkt in den Blick nehmen. Stadtbäume und Grüngürtel sind eine natürliche Klimaanlage: Sie spenden Schatten, kühlen und befeuchten die Luft. Klimaangepasstes Pla-

nen und Bauen muss zum Standard werden. Der Pandemie-Sommer zeigt überdies: Nahegelegene Parkanlagen und Grünflächen sind wichtige Erholungsräume für die Menschen in der Stadt. Der Leitfaden für Klimaschutz und mehr Natur in den Städten unterstützt die Kommunen bei der Anpassung an den Klimawandel mit Ideen und Informationen.“

Hitzetage und Dürreperioden wie auch lokale Starkregenereignisse nehmen in Bayern zu. In München gab es in den Sommern 2017, 2018 und 2019 insgesamt 55 Hitzetage, mit einem Spitzenwert von 35,8 Grad Celsius. Mit mehr Stadtklimabäumen und Grünflächen lässt sich die Temperatur in den Städten um mehrere Grad senken. Wasserrückhalteräume, geöffnete Stadtbäche und mehr freie Wasserflächen können die-

sen positiven Effekt verstärken. In einer „Schwammstadt“ wird Regenwasser vor Ort zurückgehalten und versickert. Bei Hitze versorgt es das Stadtgrün, verdunstet und kühlt. Gleichzeitig wird der Schutz vor Starkregen verbessert. Bayerns Kommunen müssen sich daher frühzeitig und umfassend auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten. Glauber: „Wir brauchen praktische Lösungen zur Klimaanpassung. Das gilt insbesondere für dicht bebauten Stadtquartiere. Der Klimawandel wartet nicht: Wir müssen jetzt gemeinsam mit allen Akteuren anfangen, passgenaue Maßnahmen für Bayerns Städte zu planen und umzusetzen.“ Beispiele sind widerstandsfähige Stadtbäume mit ausreichend Platz, Grünflächen als Rückhalteräume für Starkregen, blühendes Straßengleitgrün für die bestäubenden Insekten in der Stadt und auch artenreiche Privatgärten.

Vor allem große Städte stehen aufgrund steten Zuzugs, zunehmenden Verkehrs und notwendiger Nachverdichtungen vor planerischen Herausforderungen. Der Leitfaden für klimaorientierte Kommunen zeigt, wie natürliche Ökosystemleistungen als Schlüssel für urbane Lebensqualität im Klimawandel nutzbar werden. Er baut auf den Ergebnissen der Klimaforschung des „Zentrums Stadtnatur und Klimaanpassung“ an der TU München auf.

Erst kürzlich haben das Bayerische Bauministerium und das Bayerische Umweltministerium im Rahmen der Umweltinitiative „Stadt.Klima.Natur“ das gemeinsam geförderte Modellvorhaben im Experimentellen Wohnungsbau „Klimaanpassung im Wohnungsbau“ gestartet. Zehn Bauvorhaben wurden ausgewählt, um zukunftsweisende Lösungen für Gebäude und Freiflächen zu entwickeln und umzusetzen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf geförderten Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern. **□**

Die stille Gefahr durch Stauwasser auf Flachdächern

Aufgrund von Mängeln an der Drainage oder einem verstopften Ablauf, fließt das Wasser nach starken Regenfällen oder Schneeschmelze auf Flachdächern häufig nicht richtig ab und staut sich großflächig. Schon 7 cm stehendes Wasser im Dachaufbau bedeutet eine akute Gefahr für die Bauwerksicherheit. Kommt dann im Winter noch Schnee hinzu, ist die maximale Traglast des Daches schnell erreicht.

Vor allem Gebäude mit älterer Bausubstanz oder mit Zusatzbelastungen z.B. durch Photovoltaikanlagen sind stark gefährdet. Der Problematik wird trotz zunehmender Extremwetterlagen noch immer zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, zumal sie auch schwer zu überwachen ist. Häufig bleiben die Seen auf den Flachdächern unentdeckt, bis es zu Gebäudeschäden oder gar einem Einsturz kommt, da die Dachflächen nur sporadisch überprüft werden.

Die Firma Envitron hat ergänzend zu ihrem Schneelast-Messsystem nun auch einen Stauwasser-Sensor entwickelt, mit dem Flachdächer 24/7 überwacht werden können. Bei Überlastungsgefahr wird automatisch ein Alarm ausgelöst. Über ein Daten-Portal können die aktuellen Messwerte aber auch von jedem internetfähigen Gerät aus gemonitort werden. Weitere Informationen unter www.envitron-systems.com **□**

Klimaschutz ganzheitlich denken

Serielle Sanieren braucht die richtigen Rahmenbedingungen.

Die BAUINDUSTRIE begrüßt ausdrücklich das Gesamtpaket von Klimaschutzanstrengungen, welches die Bundesregierung seit dem letzten Jahr auf den Weg gebracht hat. Insbesondere als wichtigen Bestandteil der Konjunkturmaßnahmen nach der Coronakrise.

„Durch zahlreiche Verbesserungen der Fördermöglichkeiten sowie neu geschaffene finanzielle Anreize wurde ein breiteres Spektrum wirtschaftlich durchführbarer Gebäudesanierungen geschaffen“, sagt Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.

GEG als wichtiger Baustein

Das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) macht durch seine Zusammenführung von bisher drei Gesetzen bzw. Verordnungen einen wichtigen Baustein im Klimaschutz aus. Diese ganzheitliche Herangehensweise sollte in Zukunft konsequent weiter fortgeführt werden. „Mit Hochdruck gilt es nun für alle Beteiligten, noch mehr wirtschaftlich attraktive Lösungen zu entwickeln, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und diese dann in die Fläche auszurollen. Vor allem was die serielle Sanierung von Gebäuden betrifft“, so Babel. Die BAUINDUSTRIE hat seit längerer Zeit hierzu Konzepte entwickelt und als Partner von Energysprung bietet sie gern ihre Unterstützung zur Umsetzung an.

Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke

Von großer Wichtigkeit ist die Rolle der öffentlichen Hand als Bauherrn. Mit dem neuen GEG wird dieser Verantwortung Rechnung getragen und die Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke explizit verankert. Die BAUINDUSTRIE weist darauf hin, dass diese Rolle nicht nur ideell-gesellschaftliche Wirkung hat. „Durch die Größe ihres Gebäudeportfolios kann die öffentliche Hand erstens quantitativ einen immensen Beitrag zur Klimabilanz im Gebäudebereich leisten. Sie kann zweitens wichtige Pilot-Beispiele für technisch komplexe Bauwerke entwickeln und kommunizieren und so einen qualitativen Beitrag leisten. Und drittens sollten die großen Portfolios für entsprechende Projektzuschnitte und den Einsatz innovativer Vertragsmodelle genutzt werden, damit sich entsprechende Skalierungseffekte auch in den Kosten niederschlagen können“, ergänzt Babel. **□**



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

